

Übersichten

Außenpolitik

*⁽¹⁾ Der Besuch des amerikanischen Außenministers in Beijing

Vom 11. bis 14.3. besuchte Warren M. Christopher die VR China und führte Gespräche, bei denen, wie Außenminister Qian Qichen resümierend feststellte, vor allem zwei Fragen, nämlich die Menschenrechte und die Gewährung der Meistbegünstigungsklausel durch die USA, im Mittelpunkt standen. (XNA in SWB, 16.3.94)

Die Gespräche verliefen kühl, hatten aber gleichwohl fünf konkrete Ergebnisse: (1) Fortsetzung der Gespräche auf hoher Ebene. Zwei führende Mitglieder des Staatsrats werden im April 1994 an dem Treffen der Gemeinsamen Kommission für Wissenschaft und an einem Treffen der Gemeinsamen Kommission für beiderseitigen Handel teilnehmen. (2) Washington unterstützt den Beitritt Chinas zum GATT. (3) Beide Seiten wollen die Kontakte zwischen ihren Streitkräften wiederherstellen und eine Gemeinsame Kommission für Konversionsfragen einrichten. (4) Aus "Freundschaft zum amerikanischen Volk" und wegen humanitärer Erwägungen stimmt die chinesische Seite zu, daß die USA ein MiA-Team nach China entsendet, um dort Felduntersuchungen über drei Vermißte aus dem Zweiten Indochinakrieg anzustellen. (5) Verbot des Imports und Exports von Produkten aus Gefängnissen. (XNA, 15.3.94)

In der Frage der Menschenrechte zeigten die Chinesen dem amerikanischen Gast die kalte Schulter. Außenminister Qian Qichen gab folgenden Kommentar ab: "Wir glauben, daß beide Seiten einen Dialog über die Menschenrechtsfrage auf der Grundlage der Gleichheit, des gegenseitigen Respekts und der Nichteinmischung in die Angelegenheiten des anderen führen kön-

nen. Doch kann China sich hierbei nur innerhalb der chinesischen Gesetze bewegen, und es ist aussichtslos und schädlich, auf China unter dem Vorwand der Menschenrechte Druck auszuüben." (XNA in SWB, 16.3.94)

Vor allem sei es wenig konstruktiv, wenn die amerikanische Regierung die Menschenrechtsfrage mit der Meistbegünstigungsklausel in Verbindung bringe. China lasse sich nichts "diktieren" (*guan bu dao*). In den USA könne doch niemand ernsthaft glauben, daß China seine Lebensart nur deshalb ändere, weil es mit den USA Handel treiben wolle.

Überhaupt dient die "Menschenrechts"-Frage aus chinesischer Sicht der Politik Washingtons allemal als Vorwand für Machtpolitik. Immer wieder auch wurde den Amerikanern im Laufe der letzten Jahre Scheinheiligkeit vorgeworfen - man schaue doch bloß auf die Drogenabhängigen, Obdachlosen und die überfüllten Gefängnisse in den USA: Sei es dort um die Menschenrechtslage wirklich so gut bestellt?!

Im übrigen verdeutlichte China den Amerikanern auf typisch indirekt-chinesische Weise, was es von den Menschenrechtsvorstößen Washingtons hielt. Es stellte nämlich am 13. März, also noch während der Visite Christophers, den Dissidenten Xu Liangying unter Hausarrest.

Ansonsten sind die Chinesen zuversichtlich, daß die USA auf ihre profitablen Handelsbeziehungen zu China nicht verzichten wollen: 1993 erreichte das beiderseitige Handelsvolumen beispielsweise 27,6 Mrd. US\$ - mehr als das Zehnfache des Handels von 1979. Außerdem wachse die chinesische Wirtschaft schnell weiter, so daß sich die Importe der VRCh in den nächsten sieben Jahren wahrscheinlich bereits der Eine-Billion-Dollar-Traummarke nähere. Nachholbedarf bestehe vor allem auf Gebieten wie Transport-,

Energie- und Telekommunikationswesen - also in Bereichen, an denen die amerikanische Industrie eigentlich besonders interessiert sein müßte. (XNA in SWB, 14.3.94) -we-

*⁽²⁾ China - Japan: Besucherreigen, Außenwirtschaftsrekord, Ambivalenz

Bereits im Mai 1993 war Außenminister Qian Qichen nach Japan gekommen. Ende Februar 1994 kam dann Zhu Rongji, Stellvertretender Ministerpräsident, Gouverneur der Chinesischen Zentralbank, Hauptvertreter der chinesischen Reformen und einer der wichtigsten Führungskandidaten für die Zeit nach Deng Xiaoping zu einem Besuch nach Japan. Zhu Rongji ist - als früherer Parteichef von Shanghai - einer der prominentesten Verfechter der "sozialistischen Marktwirtschaft", und ganz in diesem Sinne hatte er bei der Zentralregierung auch die Führung in Wirtschaftsfragen übernommen - und dabei seinen Hauptprivaten Li Peng überrunden können.

Sein Besuch in Japan paßte zum Habitus dieses Politikers, denn Japan ist inzwischen der Hauptwirtschaftspartner Chinas geworden. 1993 erreichte das Handelsvolumen zwischen beiden Nachbarn die Rekordhöhe von 39 Mrd. US\$ und war damit um gleich 54% gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Als Folge davon hatte Japan den bis dahin führenden Haupthandelspartner der Volksrepublik, nämlich Hongkong, überholt; gleichzeitig wurde China gleich hinter den USA der zweitgrößte Handelspartner Japans. Zhu betonte bei seinem Besuch, daß jedoch auch diese neue Summe noch unbedeutend sei im Vergleich mit dem Potential für eine künftige wirtschaftliche und technologische Kooperation.

Ziel seiner Reise sei es, über weitere Möglichkeiten zu einer Verstärkung der Zusammenarbeit nachzudenken. (XNA in SWB, 24.2.94)

Zhu war gleichzeitig auch der erste chinesische Spitzenpolitiker, der nach Japan kam, seit in Tokyo eine neue Regierung (unter dem inzwischen bereits wieder zurückgetretenen) Ministerpräsidenten Hosokawa (seit August 1993) an die Macht gekommen war.

Hosokawa betonte, daß Japan sich für den Beitritt Chinas zum GATT starkmachen wolle. Gleichzeitig sprach er

dem Gast gegenüber aber auch die japanischen Sorgen angesichts der chinesischen Aufrüstung an. Zhu Rongji erwiderte, daß sich die militärischen Ausgaben Chinas 1993 auf 43,7 Mrd. Yuan, also auf etwa 1% des chinesischen BSP, belaufen hätten, und daß die chinesischen Anstrengungen ausschließlich der Verteidigung dienten.

Die Menschenrechtsfrage wurde nur am Rande erwähnt. Zhu betonte, daß er es für falsch halte, wenn die USA die Menschenrechtsfrage mit der Gewährung der Meistbegünstigungsklausel in Zusammenhang brächten.

Angesprochen wurde auch die chinesische Umweltpolitik. China müsse mehr für seine Umwelt tun, wurde von seiten der Japaner mehrere Male betont. (Kyodo in SWB, 26.2.94)

Da Zhu insgesamt neun Tage in Japan blieb, hatte er ausreichend Zeit, vor allem auch mit Vertretern der japanischen Wirtschaft ins Gespräch zu kommen.

Im Gegenzug besuchte auch Ministerpräsident Hosokawa, dem nur eine kurze Amtszeit an der Spitze einer Sieben-Parteien-Koalition beschieden war (August 1993 bis April 1994), die VR China, und zwar vom 19. bis 21. März 1994.

Hosokawa hatte China nicht als erstes, sondern - nach den USA und Südkorea - erst als drittes Land besucht.

Neben der Ausweitung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen, die bereits bei der Visite Zhu Rongjis im Mittelpunkt gestanden hatte, waren es vor allem fünf Punkte, die Hosokawa auf seiner Liste hatte, nämlich

- die bereits gegenüber Zhu signalisierten japanischen Sorgen über die ständige Erhöhung des chinesischen Verteidigungsetats. 1994 war dieser Etat um 22% angehoben - die insgesamt fünfte zweistellige Zuwachsrate seit 1989. Schon seit Regierungsantritt der Hosokawa-Regierung hatte sich Tokyo über diese Entwicklung besorgt gezeigt und eine Offenlegung der chinesischen Militärausgaben verlangt.

Allerdings bekam Hosokawa auch diesmal zu hören, daß das Geld lediglich für "Verteidigungszwecke" ausgegeben werde. (Zu den Gesprächen mit Ministerpräsident Li Peng und Parteichef Jiang Zemin vgl. XNA, 21.3.94)

- Ein weiterer Punkt waren die chinesischen Umweltsünden, die auf dem Festland im Interesse des Wachstums in Kauf genommen werden. Japan hat die Folgen in Form von saurem Regen, von Schwermetallstaub und von giftigen Meeresströmungen bereits zu spüren bekommen.

- Ein dritter Punkt ist die Furcht der Japaner vor einer möglichen Invasion von chinesischen Boat people.

- Viertens mußten - schon im Hinblick auf Washingtoner "Zuschauer" - auch die Menschenrechte kurz erwähnt werden. Hier pflegt sich Japan freilich stets eine Abfuhr zu holen, da es sich selbst an die Greuel der japanischen Kriegsmaschinerie während des Zweiten Weltkriegs erinnern lassen muß (Stichwort: "Massaker von Nanjing 1937").

In Beijing wiederholte Hosokawa seine Erklärungen und Entschuldigungen zum militärischen Vorgehen Japans gegen China während des Zweiten Weltkriegs. In seiner Regierungserklärung vom August 1993 hatte er von "aggressivem Vorgehen" gegen China gesprochen, für das er "tiefe Reue" empfinde und sich "entschuldigen" möchte.

Diese Erklärung war nun bei seinem Beijinger Besuch ein zweites Mal zu hören. (Kyodo in SWB, 23.3.94) Allerdings konnte diese erneute Entschuldigung nicht verhindern, daß von chinesischer Seite (wenn auch nicht von der Regierung) erneut die Kriegsentschädigung ins Gespräch gebracht wurde. (Ausführlich dazu C.a., März 1993, Ü 3) Das Thema war sowohl von Abgeordneten des NVK als auch von Intellektuellengruppen immer wieder aufs Tapet gebracht worden - ungeachtet der Tatsache, daß China bei den Normalisierungsabmachungen zwischen Zhou Enlai und Tanaka i.J. 1972 auf Reparaturen expressis verbis verzichtet hatte.

Die Erinnerung an die Zhou-Tanaka-Gespräche von 1972 war in China vor allem im Zusammenhang mit dem Tod Tanakas im Dezember 1993 erneut wachgerufen worden. Während das Andenken an Kakuei Tanaka - von 1972 bis 1974 japanischer Ministerpräsident - in Japan überschattet ist, weil der Verstorbene 1976 unter Bestechungsverdacht in der Lockheed-Affäre verhaftet worden war, weil er über-

dies als typischer "Emporkömmling" galt, der, anders als seine neun Vorgänger, beispielsweise nie eine der Eliteschulen Japans besucht und weil er überdies bis in die 80er Jahre hinein die Fäden der LDP gezogen hatte, wird sein Name in China bis heute in Ehren gehalten. Tanaka war der erste gewesen, der eine "Ostpolitik" gewagt und der mit dem verehrten Ministerpräsidenten Zhou Enlai konstruktive Gespräche geführt habe. Seine innenpolitischen Affären seien das eine, seine konstruktive China-Politik aber das andere.

Mit Hosokawa allerdings hätten die Chinesen in diesem Punkt wohl kaum Übereinstimmung herstellen können: Aus der Sicht Hosokawas galt Tanaka als einer der Hauptschuldigen für den Absturz der LDP in Machenschaften und Korruption. (In der Zwischenzeit ist allerdings auch der "Saubermann" Hosokawa wegen passiver Bestechung zur Rechenschaft gezogen worden!)

- Ein fünftes Anliegen schließlich war die Bitte, China möge auf Nordkorea einwirken, seine Atomanlagen inspizieren zu lassen. Gerade in diesem Punkt aber sind der Volksrepublik wenig Möglichkeiten geblieben, da seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Seoul und Beijing im August 1992 zwischen den einstigen "alten Freunden" Spannungen entstanden sind, die so weit gingen, daß es zu militärischen Scharmützeln und sogar zu Befürchtungen Chinas kam, der nordkoreanische Geheimdienst könne Sabotageakte in China durchführen. (Vgl. dazu u.a. C.a., April 1993, Ü 2; C.a., Oktober 1992, Ü 4; C.a., März 1993, Ü 2; C.a., Mai 1993, Ü 3; C.a., Juli 1993, Ü 1)

Japan ist auch Chinas größter Kreditgeber. Die bereits zugesagte Wirtschaftshilfe für den Zeitraum 1990 bis 1995, die nach dem Tiananmen-Massaker allerdings zeitweilig eingefroren worden war, beträgt rd. 13 Mrd. DM.

In den chinesisch-japanischen Beziehungen herrscht nach wie vor Ambivalenz: Einerseits sind die beiden wirtschaftlich "füreinander bestimmt", wobei China allerdings vermeiden möchte, allzusehr in die Abhängigkeit zu geraten.

Auf der anderen Seite gibt es aber auch immer wieder charakteristische Nebeneignisse wie die Pressekonfe-

renz des chinesischen Außenministeriums vom 17. Februar 1994, bei der ein Sprecher sich gezwungen sah, zu der Behauptung (in einem nicht näher genannten japanischen Magazin) Stellung zu nehmen, daß China Japan als Hauptgegner betrachte.

Die Stellungnahme des Sprechers fiel, wie erwartet, aus: Hypothesen dieser Art seien "völlig haltlos" und aus der Luft gegriffen. (XNA, 18.2.94) Warum aber, fragt man sich, sieht es eine chinesische Institution wie das Außenministerium für nötig an, zu Fragen dieser Art überhaupt Stellung zu nehmen? -we-

*(3)

Der südkoreanische Präsident Kim Yong Sam besucht China

Im Anschluß an eine dreitägige Visite in Japan besuchte Kim Yong Sam vom 26. bis 30.3.1994 die VRCh. Hauptanliegen Kims war es, Beijing um Einflußnahme auf Nordkorea zu bitten. Der Norden hatte dem Süden mehrere Male einen Angriff mit Atomwaffen angedroht.

Auch Japan hatte China bereits mehrere Male um eine entsprechende Einflußnahme auf Nordkorea gebeten.

Die chinesische Seite erklärte sich mit den Sorgen Seouls in der Atomfrage zwar solidarisch, lehnte jedoch Druck auf Pyongyang ab - und dies nicht zuletzt deshalb, weil Beijing seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Südkorea seinen Einfluß auf Nordkorea weitgehend verloren hat. Auch sprach sich die VRCh gegen Sanktionen aus. Statt dessen müsse die Nuklearfrage durch diplomatische Gespräche gelöst werden. Auch solle gegen Nordkorea keine Resolution des Sicherheitsrats getroffen werden. China könne dies "nicht akzeptieren". (XNA, 31.3.94) Eine solche Resolution sei allenfalls dazu angetan, Nordkorea noch mehr "in die Ecke" zu drängen. Was China selbst anbelangt, so sei es an einer "Denuklearisierung" der koreanischen Halbinsel interessiert. Es glaube, daß noch genügend Spielraum für Verhandlungen mit Nordkorea vorhanden sei. Diese Chance möge vor allem Südkorea nutzen.

Zwei Abkommen wurden geschlossen, nämlich über die Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet und über die Vermeidung der Doppelbesteuerung. (XNA, 29.3.94)

Kim Yong Sam verließ China mit der Versicherung, sich um weitere Verhandlungen mit Nordkorea zu bemühen. Angeblich hatte die chinesische Seite Südkorea um eine Einstellung der seit Jahrzehnten eingefahrenen südkoreanisch-amerikanischen "Team Spirit"-Manöver Spirit-Manöver gebeten. (Radio Seoul in SWB, 30.3.94) Doch habe darüber in Beijing keine Einigung erzielt werden können. Die südkoreanische Seite wollte dies mehr von den USA abhängig machen.

Schon vor dem Besuch Kims war die Möglichkeit eines koreanischen Gipfeltreffens in Beijing erörtert, dann aber wieder verworfen worden. (Yonhap in SWB, 8.3.94) -we-

*(4)

Weitere Annäherung zwischen China und Vietnam

Bereits i.J. 1993 hatte der Ausbau der Beziehungen zwischen beiden Ländern mit beschleunigtem Tempo Fortschritte gemacht: Bis zum 31.12.1993 waren rd. 50 Abkommen unterzeichnet und damit, wie das vietnamesische Außenministerium es formulierte, die Beziehungen der "traditionellen Freundschaft und Zusammenarbeit" weiter gestärkt worden. (Radio Hanoi in SWB, 5.1.94)

Grundlagen für diese Abmachungen (und Verhandlungen) waren die beiderseitigen Gemeinsamen Kommuniqués vom November 1991 und vom Dezember 1992.

Im Oktober 1993 war eine Vereinbarung unterzeichnet worden, die bei den Verhandlungen zwischen beiden Seiten zunehmend in den Mittelpunkt rückt, nämlich ein "Abkommen über die Hauptprinzipien für die Regelung der Grenzfragen". Beide Seiten gehen davon aus, daß damit eine Grundlage für eine noch schnellere Einigung über Abgrenzungsverträge zu Land und zur See geschaffen werden konnte.

Die erste Runde der "Gemeinsamen Arbeitsgruppe für die Regelung der Landesgrenzen (nicht aller Seegrenzen, wohlgemerkt!) tagte am 26. Februar 1994 und erzielte ein nicht näher konkretisiertes "Abkommen über den Inhalt und die Verfahrensweisen der Arbeitsgruppe". Die Gespräche hätten sich in einer "freundlichen, aufrichtigen und realistischen Atmosphäre" abgespielt, heißt es auf chinesischer Seite.

(XNA in SWB, 3.3.94) Die Besprechungen fanden auf Vizeaußenministerebene statt.

Auch die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Seiten nehmen an Quantität und Qualität zu. China hat der SRV inzwischen zugesagt, ihr beim Bau von Fabriken für chemische Düngemittel sowie von kleineren und mittleren hydroelektrischen Kraftwerksanlagen beizustehen. Umgekehrt wünsche China von Vietnam Kohle, Rohöl, Kautschuk und Fischprodukte zu kaufen und möchte gleichzeitig an Vietnam Maschinen und Gebrauchsgüter liefern.

Unterzeichnet wurde ferner ein Flugverkehrsabkommen und geplant ist in Kürze auch ein Investitionsschutzabkommen.

Am 28. Mai eröffnete China in Ho-Chi-Minh-Stadt ein Konsulat. (XNA in SWB, 31.5.93) -we-

Innenpolitik

*(5)

Bemühungen um Drosselung des Reformtempos und Eindämmung der sozialen Spannungen

Eindringliche Appelle zur Wahrung der gesellschaftlichen Stabilität und zur Respektierung gesamtstaatlicher Interessen richtete die Beijinger Führung während der 2. Plenartagung des VIII. Nationalen Volkskongresses (NVK) an die Delegierten und an die Bevölkerung. Im Vorfeld der NVK-Tagung hatten sich die verschiedenen Flügel in der Zentralregierung offenbar auf ein zeitweiliges Abbremsen der Wirtschaftsreformen verständigen können, nachdem die Reformpolitik in den letzten Jahren Millionen von Arbeitern in Staatsunternehmen und Teile der Bauernschaft in zunehmende Bedrängnis gebracht hat. Die Bekämpfung von Inflation und Arbeitslosigkeit, die die chinesische Führung als größte Bedrohungen für die soziale und politische Stabilität ausmacht, soll nun Priorität genießen.

Nach einem Bericht der von Beijing kontrollierten Hongkonger Zeitung *Wen Wei Po* (*Wen Huibao*) hat die Führung auf Drängen des greisen Par-